



## Klimaschutz mit Fundament

Klimaschutz mit Fundament  
WWF legt Entwurf für nationales Klimaschutz- und Energiewende-Gesetz vor. Textentwurf unter: [www.wwf.de/Gutachten-KEEnRaG](http://www.wwf.de/Gutachten-KEEnRaG)  
Der WWF fordert von der CDU/CSU und der SPD in den Koalitionsvertrag die Verabschiedung eines Klimaschutz- und Energiewenderahmengesetz (KEEnRaG) aufzunehmen. Bisher seien die einzelnen Klimaschutzpolitikvorhaben unkoordiniert und nicht auf einer soliden gesetzgeberischen Basis. Darüber hinaus gäbe es keinen Prozess, der die Erreichung der Klimaschutzziele systematisch gewährleistet. "Die Herkulesaufgaben Klimaschutz und Energiewende können nur erfolgreich gestemmt werden, wenn wir sie auf ein solides Fundament stellen und ihnen eine verlässliche Langfristperspektive geben. Hierfür ist ein Klimaschutz- und Energiewenderahmengesetz unerlässlich", sagt Regine Günther, Leiterin Klimaschutz und Energiepolitik beim WWF Deutschland.  
Der WWF hat bei der Anwaltskanzlei Becker, Büttner, Held einen konkreten Entwurf für ein Klimaschutz- und Energiewenderahmengesetz erarbeiten lassen. Demnach soll das Gesetz einen langfristigen und verbindlichen Entwicklungspfad für die Reduktion von Treibhausgasemissionen und die Energiewende bis 2050 vorgeben. Dafür werden die im Energiekonzept der Bundesregierung im Jahr 2010 definierten Ziele in das Gesetz übertragen. Dadurch werden für den Zeitraum von 2020 bis 2050 Dekaden-Ziele für die Minderung von Treibhausgasemissionen, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz verbindlich in einem Gesetz festgelegt.  
Zum anderen soll mit dem Gesetz ein neues Verfahren etabliert werden, das die staatlichen Maßnahmen für Klimaschutz und Energiewende koordiniert, die Zielerreichung garantiert und für eine wirksame Kontrolle sorgt. Ein Klimaschutzplan, den die Bundesregierung zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode aufstellt und den der Bundestag beschließt, wird dabei ein wesentliches Instrument sein. In ihm sollen alle Klimaschutz-Maßnahmen gebündelt werden. Als unabhängige Institution wird eine Klimaschutzkommission errichtet, die die Fortschritte jeweils vor der nächsten Bundestagswahl evaluiert.  
"Um das Generationenprojekt Energiewende zielorientiert, flexibel und kosteneffizient zu steuern, brauchen wir einen stabilen Rahmen und Klarheit wer wann welche Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten hat. Nur so können die Ziele erreicht und den Investoren Planungssicherheit gegeben werden", sagt Regine Günther. Orientierung für den WWF-Entwurf bot das seit 2008 in Großbritannien bestehende britische Klimaschutzgesetz. Auf Bundeslandebene haben in Deutschland bereits Nordrhein-Westfalen in 2012 und Baden-Württemberg im Juli dieses Jahres entsprechende Gesetze verabschiedet. In den Koalitionsverträgen von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz sind sie vereinbart worden.  
Sylvia Ratzlaff  
Pressesprecherin  
Spokesperson  
WWF Deutschland  
Reinhardtstr. 14  
10117 Berlin  
Tel.: +49 30 311 777 - 467  
Mobil: 0151 188 54 846  
Fax.: +49 30 311 777 - 622  
mailto:sylvia.ratzlaff@wwf.de  
http://www.twitter.com/wwf\_deutschland

## Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

## Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientierten arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen? mehr als je zuvor? haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.